

Wellen des Wohlstands

FORSCHUNG Der Ökonom Nikolai Kondratjew warf einen völlig anderen Blick auf die Wirtschaft. Die Kommunisten hassten ihn. Doch seine Ideen können die Politik heute neu beflügeln

Von Erik Händeler

Das Exekutionskommando steht bereit: Nach acht Jahren Einzelhaft in Suzdal östlich von Moskau wird der Ökonom Nikolai Kondratjew vor 70 Jahren, am 17. September 1938, erschossen. Der Marktwirtschaftler war den Kommunisten ein Dorn im Auge, weil er in der damaligen Weltwirtschaftskrise nicht den Zusammenbruch des Kapitalismus sah, sondern nur ein tiefes Tal zwischen zwei langen Strukturzyklen.

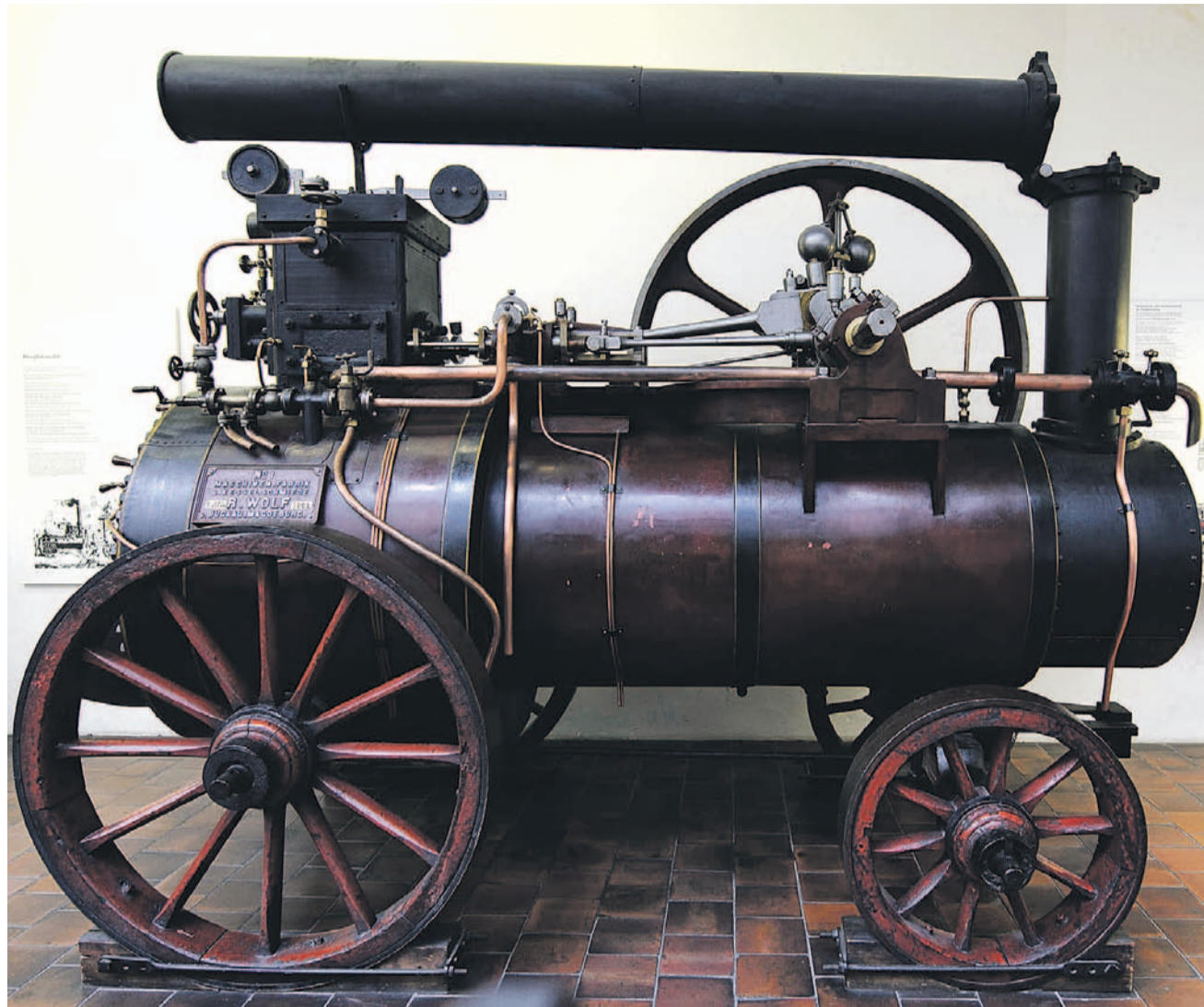
In Briefen an seine Frau Jewgenja verzweifelte der Ökonom daran, dass sein wissenschaftliches Werk verloren schien – eine Theorie, die einen völlig anderen Blick auf Wirtschaft wirft. Die vergangenen 70 Jahre wären anders verlaufen, hätten sich seine Einsichten durchgesetzt: Was Ökonomen sonst diskutieren, um Wirtschaftspolitik zu gestalten – Preise, Löhne, Zinsen und Geldmenge –, waren für ihn nur Folge, nicht Ursache für wirtschaftliche Entwicklung.

Kondratjew sieht den Motor der Wirtschaft in den Verbesserungen des realen Lebens. Sie sparen den Menschen Zeit und Kraft, um damit etwas anderes anzufangen – so entstehen rentable Arbeitsplätze und mehr Wohlstand. Dabei seien Innovation gar nicht zufällig, sondern entwickelten sich immer dort, wo für Unternehmer gerade der größte Flaschenhals ist. Als die englischen Unternehmer nicht mehr damit hinterherkamen, ihre Bergwerke zu entwässern und Blasebälge für die Eisenschmelze zu betätigen, beauftragten sie den wissenschaftlichen Mitarbeiter der Universität Edinburgh, eine Dampfmaschine zu entwickeln – James Watt tüftelte daran zwölf Jahre lang.

Wenn es an Produktivitätsfortschritten fehlt, machen Unternehmer kaum noch Gewinne und haben keinen Grund, zu investieren und Menschen zu beschäftigen. Wenn dann eine grundlegende Erfindung – wie die Eisenbahn – die aktuell größte Knappheit überwindet, fließt das freie Geld in diesen Sektor, weil sich dort gut Geld verdienen lässt. Die freigesetzten, eingesparten Ressourcen werden in allen anderen Branchen ausgegeben, die Wirtschaft boomt.

Über die vergangenen zwei Jahrhunderte hat es so fünf lange Zyklen gegeben, getragen von technologischen Netzen wie Dampfmaschinen, Eisenbahn, elektrischer Strom, Auto und zuletzt dem Computer. Zusammen mit einer ganzen Reihe dazu gehörender technischer und sozialer Innovationen heben sie den Wohlstand auf ein neues Niveau und verändern nach anfänglichem Widerstand die Art, wie sich eine Gesellschaft organisiert. Bis sie alle Bereiche des Lebens durchdrungen haben – dann treten die Unternehmen auf der Stelle, es lohnt sich nicht mehr, Leute zu beschäftigen oder im realen Leben zu investieren. Das Geld wandert in die Spekulation mit Aktien, in Rohstoffe und Immobilien, die völlig überbewertet werden – Verteilungskämpfe beginnen, es kommt zu wirtschaftlicher Depression.

In der Fachwelt ist Kondratjew schon damals auf Kritik gestoßen: Lange Wellen gebe es, weil Gold gefunden wurde oder weil Kriege oder Revolutionen die Konjunktur befeuern.



Motor für den Aufschwung: Erfindungen wie die Dampfmaschine (oben) sind es, die laut Nikolai Kondratjew (links) sozialen Fortschritt bringen und Arbeitsplätze schaffen.

FOTOS: IMAGO/IMAGEBROKER

Kondratjew kontert, sie verwechselten Ursache und Wirkung: Nein, weil die Wirtschaft expandiere, lohne es sich wieder, neue Goldfelder zu erschließen. Kriege sowie Revolutionen fänden immer nur im langen Aufschwung statt, wenn das Kräftegleichgewicht durcheinander gerät, weil ein Land oder eine Bevölkerungsschicht das neue technologische Netz besser nutzt als andere. Demnach waren die Revolutionen von 1789 und 1848 Aufstände der mittelständischen Unternehmer gegen einen feudalen Staat, in dem sie über Pressefreiheit und Vereinigungsfreiheit endlich mitreden wollen, wofür ihre Steuern ausgegeben werden.

Gewerkschaften setzten sich immer eher im langen Aufschwung durch, während Arbeitnehmer im langen Abschwung zurückgeschritten wurden. Auch die großen Kriege – Napoleonische Kriege, Einigungskriege, die beiden Weltkriege – passen in Kondratjews Schema der langen Wellen. Doch einen Automatismus für lange Wellen

gibt es nicht, antwortete Kondratjew schon seinen zeitgenössischen Kritikern: Wie lange etwa ein langer Abschwung dauere, hänge davon ab, wie lange die Menschen brauchten, um ihre Strukturen neu zu organisieren.

Würde sich Wirtschaftspolitik an seiner Theorie orientieren, müsste sie jetzt den nächsten knappen Produktionsfaktor identifizieren. Der müsste dann durch Innovationen so produktiv gemacht werden, dass eine Krise vermieden wird.

Was also ist die nächste Knappheit, vor der die Welt steht? Viele meinen: Energie und Rohstoffe. Doch wer diese verbrauchen darf, entscheidet sich daran, wer sie am effizientesten verwendet. Die bisherigen hierarchischen Firmenstrukturen unterdrückten den Informationsfluss – künftig wird es Gummihierarchien geben, in denen jeder den Stellenwert hat, den die tagesaktuellen Anforderungen ergeben. Doch mit schwankender Wichtigkeit tun sich die

im Statusdenken aufgewachsenen Menschen schwer, unendlich viele Konflikte entzündeten sich daran.

Zum ersten Mal stehen wir vor einer immateriellen Knappheitsgrenze: Dass Informationsarbeit nicht ausreichend effizient ist, dafür sprechen viele Indikatoren wie innere Kündigung oder Kommunikationsprobleme – die Berufstätigen geraten vor allem mit ihrem Sozialverhalten unter den Veränderungsdruck, effizienter zusammenzuarbeiten, um Wissen besser zu nutzen. Was an Hardware zu dem neuen Strukturzyklus beitragen wird – wie Gentechnik, Nanotechnologie –, ist nur ein Rahmen um die Knappheit an intelligenter Informationsarbeit.

Das Einzige, was knapp sein wird, sind gebildete Menschen und ihre Problemlösungs-Wertschöpfung. Diese werden nur dann erst mit 67 in Rente gehen und weit darüber hinaus arbeiten, wenn die Arbeitsstrukturen darauf eingestellt werden: weniger Druck, flexiblere Arbeitszeiten, Weiterbildung bis zur Rente und darüber hinaus. Gesundheitspolitik wird sich in Zukunft vor allem um die Gesunderhaltung der Genesenden drehen, mit kostenloser Prävention, aber mehr Eigenverantwortung für seinen Lebensstil – denn am 30. Geburtstag hat sich weitgehend entschieden, ob jemand bis 60 wird arbeiten können.

Würde die Politik Kondratjews Globalblick entdecken, sie würde sich also im realen Leben um eine bessere Arbeitskultur und um eine Gesunderhaltung auch der Gesunden kümmern. Damit hätte dann Nikolai Kondratjews Theorie, lange Zeit als exotisch bespöttelt, 70 Jahre nach seinem Tod doch noch etwas bewiesen: Dass nämlich Ideen langfristig stärker sind als Bajonette und Repression.

WORTSCHATZ

Produktpiraterie

Mittelständische Betriebe ebenso wie Konzerne klagen immer häufiger über finanzielle Schäden durch Produkt- und Markenfälschungen. Diese Plagiate haben nach Schätzungen der OECD inzwischen einen Anteil von fünf bis neun Prozent am gesamten Welthandel erreicht. Dies entspricht einem internationalen Schaden von mehr als 300 Milliarden Euro. Nach Schätzungen von Experten werden etwa 70 Prozent dieser Straftaten von China begangen.

Markenpiraten arbeiten mit dem illegalen Verwenden von Zeichen, Namen, Logos und geschäftlichen Bezeichnungen, die von den Markenherstellern zur Kennzeichnung ihrer Produkte im Handel eingesetzt werden. Produktpiraterie ist das verbotene Nachahmen und Vervielfältigen von Waren, für die die rechtmäßigen Hersteller Erfindungs-, Design- und Verfahrensrechte besitzen. Doch die Straftäter versuchen, mit immer raffinierteren technischen Methoden,

Nachahmer-Waren herzustellen, die dem Original zum Verwechseln ähnlich sehen, und nehmen dabei auf Markenrechte oder wettbewerbsrechtliche Vorschriften ebenso wenig Rücksicht wie auf Patente oder sonstige Rechte des geistigen Eigentums oder gewerblichen Rechtsschutz.

Deshalb schlägt die deutsche Wirtschaft jetzt Alarm, dass Marken- und Produktpiraterie längst auch außerhalb der klassischen Luxusgüter wie Uhren und Schmuck auf dem Vormarsch ist. So beklagt bereits jeder zweite Hersteller von Nahrungsmitteln und Getränken, ebenfalls Opfer derartiger Praktiken zu sein. Deshalb fordert der Markenverband, die Strafen für solche Vergehen im Strafgesetzbuch drastisch zu erhöhen. 2007 sind von 2426 Tatverdächtigen in Deutschland nur 141 mit einem Bußgeld belegt worden; lediglich 106 Fälle landeten vor Gericht. Allerdings verzeichnet der Zoll steigende Aufgriffszahlen. *ms*



BUCHFÜHRUNG

Hilfe, Steuerfahndung!

Wenn der Fahnder klingelt, sind die meisten der aufgesuchten Steuerbürger überrascht und unvorbereitet. Doch nicht nur der Betroffene selbst, sondern auch die steuerberatenden Berufe sind in solchen Verfahren oftmals überfordert. Der Dschungel der Vorschriften wie die Unkenntnis der Zuständigkeiten erschweren in vielen Fällen eine erfolgversprechende Verfahrensbeendigung, sagen jedenfalls die Autoren dieses Sachbuches aus der Steuerpraxis. Sie müssen es wissen. Denn Wolfgang Lübke leitet selbst eine Steuerfahndungsstelle in Berlin; Ulrike Müller arbeitet als Wirtschaftsjuristin und Saskia Bonenberger ist Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin. Anhand ihrer Erfahrungen im beruflichen Alltag wollen sie den fairen Um-



gang mit der für viele spröden Materie erleichtern.

Das beginnt bei regionalen Besonderheiten, reicht über die heikle Beschlagnahme von Beweismitteln bis hin zur Frage der Selbstanzeige. Wer sich einschlägig schlau machen will, dürfte kaum eine bessere Fundgrube bekommen. Doch den Autoren geht es darüber hinaus noch um etwas Grundlegenderes: Sie wollen zugleich das ihrer Ansicht nach falsche Bild zurechtrücken, das in der Öffentlichkeit über die Steuerfahndung besteht. *ms*

Wolfgang Lübke, Ulrike Müller, Saskia Bonenberger: Steuerfahndung. Situationen erkennen, vermeiden, richtig beraten. Verlag Gabler, Wiesbaden 2008. 353 Seiten, 49,90 Euro.

Fernöstliche Strategien

Japanische Manager, so heißt es, sind ihren westlichen Kollegen weit voraus. Während die Führungskader hiesiger Konzerne der kurzfristigen Rendite nachlaufen, konzentrieren sich die gewieften Japaner auf die langfristige Verbesserung ihrer Produkte, Schritt für Schritt. „Kaizen“ heißt diese Arbeitsphilosophie, zu Deutsch etwa „zum Guten verändern“. Diese und andere Strategien hat der Wirtschaftsingenieur Franz J. Brunner nun in seinem Buch „Japanische Erfolgskonzepte“ zusammengetragen.

Dabei lobt er vor allem die japanische Automobilindustrie für ihr „Lean Management“, bei dem das Heer der Beschäftigten in viele Kleingruppen aufgeteilt wird. Die Mitarbeiter werden so motiviert, überflüssige Aufgaben vermieden, die Leistung verbessert.



Brunner müht sich, alle Strategien in extenso darzustellen. Damit hat er sein Buch allerdings überfrachtet: Die vielen Tabellen und Grafiken verwirren mehr, als dass sie helfen, der Blick auf das Wesentliche fehlt. Berufspraktiker lernen nur wenig, fehlt es doch an praktischen Tipps und Beispielen aus dem Alltag. Laien dürften mit dem betriebswirtschaftlichen Kauderwelsch ohnehin etwas überfordert sein.

Das Buch wäre vermutlich spannender, würde Brunner nur das Wichtigste erklären. So aber misslingt ihm leider der im Klappentext versprochene „Gesamtüberblick“ über die Weisheiten japanischer Manager. *jas*

Franz J. Brunner: Japanische Erfolgskonzepte. Carl Hanser Verlag, München 2008. 157 Seiten, 29,90 Euro.

BRÜSSELER SPITZEN

Polen kämpft um seine Werften

Von Volker Finthammer

Mister Euro bleibt am Ball. Zu Beginn dieses Jahres wurde er schon für höhere Aufgaben gehandelt, nämlich für den Posten des EU-Ratspräsidenten. Dafür wäre Jean-Claude Juncker in den Augen vieler Regierungschefs genau der richtige Kandidat. Da der EU-Reformvertrag von Lissabon nach dem Nein der Iren aber erneut auf die lange Bank geschoben wurde, ist auch die Suche nach dem geeigneten Kandidaten für den Ratsvorsitz vorerst auf Eis gelegt. So wird Juncker wohl „Mr. Euro“ bleiben – sofern man den Weg dafür frei macht. Seit 2005 sitzt der luxemburgische Ministerpräsident der Eurogruppe vor, und wenn deren 15 Finanzminister keinen anderen Kandidaten ins Rennen schicken wer-

den, wonach es derzeit aussieht, dann würde Jean-Claude Juncker auch für eine dritte Amtszeit bis Ende 2010 bereitstehen. Vorausgesetzt allerdings, die Minister beschließen zuvor, dass eine dritte Amtszeit überhaupt möglich ist. Doch dagegen scheint bei diesem Europa-Profi wohl niemand etwas zu haben.

Zuversicht trotz Katerstimmung werden die EU-Finanzminister bei ihrem informellen Treffen in Nizza demonstrieren müssen. Die Konjunkturprognose der EU-Kommission gibt nur wenig Anlass zu Optimismus. Vor allem der Anstieg der Preise bleibt eine finanzpolitische Herausforderung, auf die es bislang nur wenig Antworten gibt. Die zu erwartende Mahnung der Finanzminister im Blick auf die Lohn-

forderungen der Arbeitnehmer wird auch nicht mehr als eine Pflichtübung sein. Ansonsten aber gehen die Meinungen über mögliche Gegenstrategien wieder weit auseinander. Doch werden allmählich die Stimmen unter den Experten lauter, die trotz der steigenden Preise für eine Zinssenkung der Europäischen Zentralbank werben, um der Konjunktur neuen Schwung zu geben.

Vor der letzten Frist für eine Lösung steht die polnische Regierung mit ihren Plänen für den Umbau der Werften in Danzig und Stettin. Seit dem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 2004 hat die polnische Regierung den beiden Werften Darlehen und Produktionsgarantien von mehr als 2,1 Milliarden Euro gewährt, obwohl in diesem



Zeitraum mit keinem der dort gebauten Schiffe ein Gewinn erzielt werden konnte. Ohne die staatlichen Beihilfen hätten die Werften deshalb kaum bis heute überlebt. Auf Druck aus Brüssel hat Warschau bisher schon zwei Umbaupläne vorgelegt, mit denen die Unternehmen in die rentable Selbstständigkeit überführt werden sollten. Doch alle Privatisierungsversuche schlugen bislang fehl; der letzte Anlauf scheiterte im Mai dieses Jahres. Brüssel will die staatlichen Finanzspritzen nun nicht mehr länger dulden. Kann der polnische Ministerpräsident der EU-Kommission nicht bis zum 12. September ein überzeugendes Privatisierungskonzept liefern, müssen die Werften alle Beihilfen nebst der aufgelaufenen Zinsen wieder an den Staat zurückzahlen.

BILANZPRÜFUNG

Aus dem RM vom 12.9.1958

Das müssen herrliche Zeiten gewesen sein vor 50 Jahren: „Straßenbau – kein Finanzierungsproblem“, überschrieb der RM Mitte September 1958 die frohe Botschaft, dass damals im Bundeshaushaltsplan für bessere und schnellere Asphaltwege mehr Geld bereitstand, als tatsächlich ausgegeben werden konnte.

„Wie ist es möglich, dass der so vorzügliche Straßenbau nicht vorankommt, obwohl ausreichende Mittel bereitstehen?“, fragte der Kommentator deshalb mit betroffenem Unterton. Denn von den in jenem Jahr eingesetzten 1020 Millionen D-Mark für den Straßenbau wurden nur 728 Millionen D-Mark verbraucht. „Diese Zahlen be- weisen, dass eine Forcierung des Stra-

ßenbaus zurzeit kein Finanzierungsproblem ist“, schrieb der RM-Redakteur der Politik ins Stammbuch und rechnete ab mit unnötig langwierigen Planungsprozessen, Enteignungsverfahren, einer mangelhaften Straßenbauverwaltung und ständigen Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern.

Viele dieser Themen sind bis heute geblieben. Nur eines hat sich geändert: Längst ist der Verkehrswegeplan seit Jahren notorisch unterfinanziert. So wären allein für den Erhalt und den notwendigen Ausbau der Fernstraßen rund acht Milliarden Euro erforderlich; zur Verfügung steht aber nur die Hälfte. Summen, von denen vor 50 Jahren niemand zu träumen wagte. *ms*